

Prämien sollen billiger werden

Die von der SP angestrebte Prämienverbilligung soll tiefe Einkommen entlasten. Kritiker warnen, dass ein Loch in der Bundeskasse entstehen würde. Doch bei den Gegnern der Initiative scheint sich niemand ins Zeug legen zu wollen.

Anna Wanner

Den Gewerkschaften gelang am 3. März der grosse Coup: Die Bevölkerung stimmte einer 13. AHV-Rente deutlich zu. Seither rätselt die Politik nicht nur darüber, wer die fehlenden 5 Milliarden Franken finanzieren soll. Bürgerliche Politiker mutmassen unterdessen, dass am kommenden Abstimmungssonntag ein ungleich grösseres Fiasko bevorsteht: die Annahme der Prämienentlastungsinitiative.

Das Versprechen der Initiative aus der SP-Küche: Eine versicherte Person hat Anspruch auf eine Verbilligung der Krankenkassenprämie, wenn diese höher ist als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens. Im Unterschied zur 13. AHV-Rente erhalten in der Regel also jene eine Unterstützung, die es finanziell auch brauchen.

Allerdings kostet diese Finanzspritze ungleich mehr: Gemäss einer Schätzung des Bundes hätte die Umsetzung der Initiative den Staat 2020 rund 4,5 Milliarden Franken zusätzlich gekostet. Bis 2030 würden sich die Kosten aber auf rund 8,2 bis 10 Milliarden Franken anhäufen – pro Jahr. Im Extremfall können es aber auch 11,7 Milliarden Franken sein.

Nur Sparübungen reichen nicht

Woher bloss soll dieses viele Geld kommen? Die Initiative ist in diesem Fall relativ klar: Die Prämienverbilligungen müsste der Bund zu mindestens zwei Dritteln finanzieren, die Kantone den restlichen Teil. Das bedeutet, schlimmstenfalls müsste der Bund 2030 rund 9 Milliarden Franken allein an Prämienverbilligungen ausgeben. Zum Vergleich: Der Bund gab 2023 insgesamt rund 81 Milliarden aus, rund 3 Milliarden davon gingen an Prämienverbilligungen. Anders formuliert würde der Bund dereinst rund einen Zehntel seiner Ausgaben für die Prämienentlastung ausgeben.

Während die Initianten argumentieren, es handle sich nicht um neue Kosten, sondern lediglich um eine Umverteilung von Prämienauf Steuerzahler, sind bürgerliche Politiker alarmiert. Die Anspruchshaltung gegenüber dem Staat wachse: Da ist die höhere AHV-Rente, die der Bund mitfinanzieren muss, dann die Prämienentlastung. Die Wunschliste geht weiter von der Kita-Finanzierung über den Klimaschutz bis zur besseren Inklusion von Menschen mit Behinderung. Allerdings wollen auch bürgerliche Kräfte die Bundesausgaben für die Armee massiv erhöhen. Angesichts des Verteilungskampfs wird es schwierig, weitere Gelder aus dem Bundesbudget für die Krankenkassenprämien abzuzweigen. Bei



Landwirtschaft, Bildung, Entwicklungshilfe und Armee kamen zuletzt keine Mehrheiten für grosse Sparübungen zusammen. Auch der Bundesrat sieht darum keine Möglichkeit, die Prämienverbilligungen allein über Minderausgaben zu finanzieren.

Eine Steuererhöhung ist darum fast alternativlos. Die Gegner der Prämienentlastungsinitiative sehen aktuell hauptsächlich einen Weg, um die neuen Ausgaben zu finanzieren: über die Erhöhung der Mehrwertsteuer um mindestens 3 Prozentpunkte. Das entspricht einer Steuererhöhung um fast einen Drittel.

Dagegen kämpfen sollen andere

Für Konsumentinnen und Konsumenten sowie den Wirtschaftsplatz sind das keine guten Aussichten. Und obwohl ein Ja als

Ein Gewicht am Fuss jeder versicherten Person: Die Prämienentlastungsinitiative will den tiefen Einkommen helfen.

BILD KEY

realistisches Szenario befürchtet wird, zeichnen sich bereits Schwierigkeiten bei der Gegenkampagne ab. Die Wirtschaftsverbände stehlen sich aus der Verantwortung. Zwar will niemand die Auswirkungen einer Zustimmung kleinreden. Doch aktiv dagegen ankämpfen? Das sollen andere.

Der Arbeitgeberverband sagt auf Anfrage, es handle sich um Gesundheitspolitik, die Vorlage befinde sich also ausserhalb seines Aufgabenbereichs, der Sozialpolitik. Die Versicherungsverbände sehen das anders, es sei keine Gesundheitspolitik, sondern eine reine Verteilungsfrage. Inhaltlich werden sich die Verbände zwar gegen die Initiative stellen, eine aktive Rolle werden sie dabei aber nicht einnehmen.

Der Bauernverband sieht den steigenden Druck, den zusätzliche Ausgaben im Bundesbudget auf die Posten der Landwirtschaft hätten. Bauernpräsident Markus Ritter wird dem Verband darum die Nein-Parole vorschlagen und auch über die eigenen Kanäle «intensiv nach innen informieren», wie er auf Anfrage angibt. Die Prioritäten der Bauern sind aber anders gelegt.

Die Zurückhaltung der Verbände ist erklärbar, handelt es sich doch bei Umverteilung letztlich um eine gesellschaftspolitische Frage. Auch darum bleibt die Kampagnenfinanzierung mutmasslich am Dachverband der Wirtschaft, an Economiesuisse, hängen. Dieser gibt auf Anfrage an, die Kampagne finanziell zu unterstützen. Die Frage nach der Höhe der Ausgaben beantwortet er aber noch nicht.

Tod in der Dienstwohnung

Der Schweizer Militärattaché in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad wurde tot aufgefunden. Er war für den Iran zuständig, wo 2021 bereits eine Diplomatin umkam. Sein Tod wirft Fragen auf.

Henry Habegger

Es geschah am 11. Juni 2023. In einem Hotelzimmer in Teheran wurde ein Schweizer Verteidigungsattaché aufgefunden. Der Diplomat aus dem Verteidigungsdepartement hatte gemäss Informationen von CH Media erhebliche Verletzungen am Kopf erlitten, an beiden Knien sowie im Brust- und Bauchbereich. Das VBS bestätigte damals den Vorfall. Der Verteidigungsattaché sei in Islamabad stationiert und «im Iran seitenakkreditiert», er habe sich auf Dienstreise befunden. «Er erlitt einen Schwächeanfall im Hotelzimmer, stürzte und zog sich dabei eine Kopfverletzung zu. Vom 11. bis zum 15. Juni liess er sich in einem Spital in Teheran behandeln und wurde anschliessend auf Anordnung des Vertrauensarztes der schweizerischen Botschaft in die Schweiz repatriert. Es geht ihm so weit gut.»

Der Diplomat erholte sich in der Schweiz, absolvierte laut Informationen von dieser Zeitung medizinische Checks. Danach ging er wieder zurück

auf seinen sehr exponierten Posten in Islamabad – oder er wurde dahin zurückgeschickt.

Diese Rückkehr wurde dem Mann, 63, jetzt offensichtlich zum Verhängnis, wie Recherchen dieser Zeitung zeigen: Am Morgen des 5. März 2024 wurde «der Verteidigungsattaché der Schweizer Botschaft in Islamabad leblos in seiner Dienstwohnung aufgefunden». So steht es in einer internen Mitteilung, die der Chef Internationale Beziehungen Verteidigung des VBS gleichentags an die Kolleginnen und Kollegen verschickte.

Laut der Mitteilung konnten die «aufgebotene Polizei sowie die Rettungsdienste nur noch den Tod» des Schweizer feststellen. Die Todesursache sei «momentan nicht bekannt; Hinweise auf eine Dritteinwirkung liegen aktuell nicht vor», hiess es. Die Spurensicherung und weitere Abklärungen durch die lokalen Behörden seien in Absprache mit den Schweizer Behörden sowie der Botschaft vor Ort im Gang. «Der Leichnam wurde im Beisein eines Vertreters der Botschaft ins Spital überführt.»

Die Abteilung Internationale Beziehungen im VBS «trauert um einen engagierten Mitarbeiter und Kollegen und drückt den Angehörigen ihr tiefstes Beileid aus.» Das Verteidigungsdepartement VBS und das Aussendepartement EDA unterstützten die Angehörigen bei den weiteren Schritten.

Keine Hinweise auf Fremdeinwirkung

Armeesprecher Stefan Hofer bestätigte den Todesfall am Dienstag gegenüber dieser Zeitung. Zur Todesursache sagte er, dass schon bei der ärztlichen Untersuchung in Islamabad keine äusseren Verletzungen beim Verstorbenen festgestellt worden seien. Die mittlerweile durchgeführte Obduktion in der Schweiz habe keine Hinweise auf Fremdeinwirkung ergeben. Der Abschlussbericht liege aber nicht vor; die Todesursache steht demnach noch nicht fest.

Militärattachés sind Offiziere mit Diplomatenstatus, die die Verteidigungsministerin und die Armee im Gaststaat vertreten und die Botschafterin oder den Botschafter in militärischen Fragen be-

raten. Sie liefern unter anderem auch Lagebilder über die Streitkräfte in der Region, wozu auch Aufklärungstätigkeiten gehören. Sie bezeichnen sich aber selbst nicht als Nachrichtendienstler.

Der Attaché ist der zweite Schweizer Diplomat innert weniger Jahre, der in dieser Weltregion unter mysteriösen Umständen ums Leben kam. Das erste Mal traf es eine wichtige Angestellte von Aussenminister Ignazio Cassis. In der Nacht auf den 4. Mai 2021 stürzte die Diplomatin, 51, vom Balkon ihrer Wohnung im 17. Stock eines Hochhauses in Teheran. Ihre Leiche wurde erst acht Stunden später von einem Gärtner entdeckt. Die Frau war erste Sekretärin der Schweizer Botschaft im Iran. Sie leitete die Abteilung, die die Interessen der USA im Iran vertritt. Das führte zu Spekulationen, zumal niemand an Selbstmord glaubte. Die Frau war einst mit einem in den USA lebenden Iraner verheiratet.

In einem Gästezimmer wurde eine Notiz gefunden. Darauf stand in englischer Sprache: «Nach meinem Tod soll meine Leiche in die Schweiz gebracht

und meinem Sohn übergeben werden. Die Leiche soll verbrannt und die Urne neben meinem verstorbenen Sohn begraben werden. Mein ganzes Hab und Gut soll meinem Sohn übergeben werden.»

In der Notiz gab es aber seltsamerweise keinen Hinweis auf eine bevorstehende Selbsttötung. Es gab auch kein Datum und keine Unterschrift. Das Schreiben könnte irgendwann verfasst worden sein.

«Aussergewöhnlicher Todesfall»

Im Fall der toten Diplomatin führt die Bundesanwaltschaft seit fast drei Jahren ein Verfahren. Sie ordnete nach der Rückführung des Leichnams eine Obduktion an, «um weitere Informationen zu den Umständen des Todesfalls zu erhalten», so eine Sprecherin. Das Verfahren sei wegen «des Verdachts auf einen aussergewöhnlichen Todesfall eröffnet worden». Dieses Verfahren laufe noch, sagte die Sprecherin gestern. Mit dem Fall des Attachés sei ihre Behörde «zurzeit nicht befasst».